

Frankfurter Kinderbetreuung ist kein Sparposten! Rechnungshof Vorschläge gefährden Qualität und erhöhen Belastung

Frankfurt, 10. Februar 2022. Die Gewerkschaft ver.di reagiert mit Unverständnis auf die Vorschläge des hessischen Rechnungshofes, das pädagogische Personal in Frankfurter Kitas schlechter zu bezahlen und Zuschüsse an freie Träger zu kürzen.

In einer nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Controlling und Revision soll der Präsident des Rechnungshofes zudem vorgeschlagen haben, die Größe der Kindergruppen in Frankfurt von 20 auf 25 Kinder heraufzusetzen. Darüber hinaus solle die Gebührenfreiheit für 3 bis 6-jährige Kinder aufgehoben werden. So formuliert es der Rechnungshof auch in seinem Großstädtebericht von November 2020.

„Damit wird die Frankfurter Kinderbetreuung gefährdet. Wenn dies umgesetzt wird, wird noch mehr Personal fehlen und die pädagogische Qualität weiter leiden. Das geht zu Lasten der Beschäftigten, der Kinder und der Familien“, kritisieren die Gewerkschaftssekretärinnen Dr. Kristin Ideler, bei ver.di für den städtischen Kitaträger Kita Frankfurt und Astrid Buchheim, zuständig für die freien Träger.

„Unsere Arbeit ist anspruchsvoll, viele leiden unter der permanenten Überbelastung durch den Personalmangel. Unser Berufsfeld hat dringend eine Aufwertung nötig. Was der Rechnungshof hier vorschlägt, ist ein Skandal!“ kommentiert Marianne Hübinger, ver.di Vertrauensleutesprecherin bei Kita Frankfurt.

„Die Vorschläge des Rechnungshofes sind kurzsichtig. Die Stadt profitiert davon, wenn viele Familien hier wohnen. Das verbessert die Einnahmensituation der Stadt. Wenn die Kinderbetreuung schlechter und teurer wird, erleidet Frankfurt nicht nur einen Imageschaden, sondern auch massive Steuerausfälle“, führt Kristin Ideler weiter aus.

„Wir nehmen dies zum Anlass mit unseren Kolleg*innen gemeinsam in der anstehenden Tarifrunde entschlossen für die Aufwertung der Beschäftigten in der Kinderbetreuung zu kämpfen. Wir lassen uns unseren Beruf und die pädagogische Qualität nicht kaputt machen. Wir brauchen kleinere Gruppe und einen besseren Personalschlüssel!“ resümiert Marianne Hübinger.

Die bundesweiten Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst beginnen am 25. Februar. Die Gewerkschaft ver.di ist als größte Fachgewerkschaft für die Soziale Arbeit Verhandlungsführerin.

Presserechtlich verantwortlich: Ute Fritzel (Pressestelle)
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (**ver.di**), Landesbezirk Hessen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77, 60329 Frankfurt
Festnetz: 069 2569 1110, Mobil: 0170 8142532, <https://hessen.verdi.de/>
<https://www.facebook.com/hessen.verdi/>
<https://www.instagram.com/verdiessen>
<https://twitter.com/verdiessen>
E-Mail: ute.fritzel@verdi.de